

Wo bleibt das Geld?

Erste Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003

Dr. Michaela Voß

Die finanzielle Situation der baden-württembergischen Haushalte wird umfassend durch die Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichproben (EVS) abgebildet. Dazu wird sowohl die Einnahmen- als auch die Ausgabenseite des privaten Haushaltsbudgets betrachtet. Ein Vergleich der Ergebnisse mit denen früherer Einkommens- und Verbrauchsstichproben zeigt die Entwicklung und die Strukturveränderungen der Einnahmen und Ausgaben baden-württembergischer Haushalte im Durchschnitt auf. So finden sich die Ölpreisentwicklung und die Einführung der Ökosteuer im Jahr 1999 in den enormen Steigerungen der Ausgaben für Kraftstoffe und Energie seit 1998 wieder.

4 000 Euro Bruttomonatseinkommen in Baden-Württembergs Haushalten

Die baden-württembergischen Haushalte verfügten mit durchschnittlich 3 984 Euro pro Monat über das höchste Bruttomonatseinkommen im Vergleich mit den anderen Bundesländern. Am niedrigsten war das Bruttomonatseinkommen in Mecklenburg-Vorpommern, wo jeder Haushalt im Durchschnitt nur 2 685 Euro zur Verfügung hatte. Sieben der elf alten Bundesländer lagen über dem gesamtdeutschen Durchschnitt von 3 454 Euro pro Monat, während alle neuen Länder weit darunter lagen (Schaubild 1).

Aber nicht nur die Höhe des Bruttoeinkommens, sondern auch dessen Zusammensetzung waren regional höchst unterschiedlich. Aufgrund der relativ positiven Beschäftigungssituation in Baden-Württemberg stammte mehr als die Hälfte des Bruttoeinkommens in den Haushalten aus abhängiger Beschäftigung.¹ Zudem verfügten baden-württembergische Haushalte über das zweithöchste Geldvermögen im Bundesländervergleich², sodass die Einnahmen aus Vermögen mit reichlich 13 % des durchschnittlichen Bruttoeinkommens recht hoch lagen. Ein Fünftel des Einkommens der Haushalte in Baden-Württemberg floss als Transferleistung aus öffentlichen Kassen. Dazu zählen Renten und

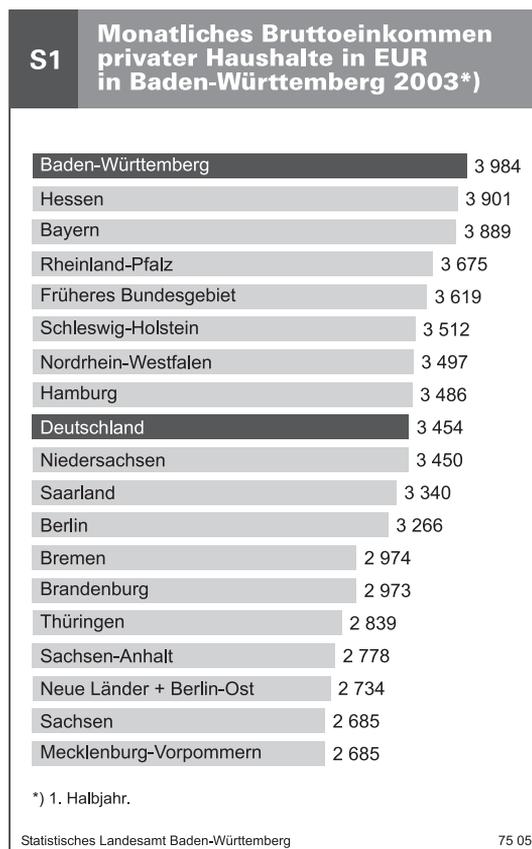
Pensionen ebenso wie Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe. Im Bundesgebiet stammte schon ein gutes Viertel des Bruttoeinkommens aus öffentlichen Transfers.

Gegenüber 1998 stieg das monatliche Bruttoeinkommen baden-württembergischer Haushalte um durchschnittlich 11 % von 3 590 Euro auf fast 4 000 Euro. Der Einkommenszuwachs resultierte vorrangig aus der Steigerung des Einkommens aus abhängiger Beschäftigung um 14,3 % auf 2 159 Euro und des Einkommens aus öffentlichen Transferzahlungen um fast ein Fünftel auf 845 Euro. Zudem sind die nicht öffentlichen Transferzahlungen³ um fast ein Drittel seit 1998 von 138 Euro auf 182 Euro gestiegen.

Die soziale Stellung des Haupteinkommensbeziehers beeinflusst maßgeblich die finanzielle Situation eines Haushalts. Am schlechtesten gestellt sind Haushalte von Arbeitslosen



Dr. Michaela Voß ist Referentin im Referat „Preise, Löhne und Gehälter, Wirtschaftsrechnungen“ des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg.



1 Abhängig Beschäftigte sind Arbeiter, Angestellte und Beamte.

2 Zum Geldvermögen siehe auch: Voß, Michaela: Wer hat wie viel? – Zur Vermögenssituation privater Haushalte in Baden-Württemberg, in: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg, 9/2004, S. 38-44.

3 Zum Beispiel aus privaten Versicherungen, Werks- und Betriebsrenten sowie von anderen privaten Haushalten.

i Auf der Basis des Gesetzes über die Statistik der Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte fand die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) im Jahr 2003 bundesweit bereits zum neunten Mal statt. An dieser freiwilligen Erhebung haben sich in Baden-Württemberg insgesamt etwa 7 500 Haushalte der unterschiedlichsten Bevölkerungsgruppen beteiligt, deren Angaben auf die etwa 4,7 Mill. Haushalte im Land hochgerechnet wurden. Die EVS wurde in zwei Erhebungsteilen durchgeführt. Im Januar 2003 waren zunächst Fragen zu den Haushaltsmitgliedern, zur Wohnsituation, den Vermögensverhältnissen oder Schulden und der Ausstattung mit Gebrauchsgütern zu beantworten. Im Lauf des Jahres wurden dann über einen Zeitraum von 3 Monaten die Einnahmen und die wichtigsten Ausgaben in einem Haushaltsbuch notiert. Etwa 20 % der teilnehmenden Haushalte zeichneten außerdem noch einen Monat lang Menge und Wert der gekauften Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren auf.

Zur Beschleunigung der Ergebnisbereitstellung werden zunächst die Aufzeichnungen von 3 350 Haushalten, die im 1. Halbjahr 2003 von Januar bis Juni mit dem Haushaltsbuch an der Reihe waren, ausgewertet (Halbjahresergebnisse). Bei der Interpretation der Daten ist zu beachten, dass Haushalte mit einem monatlichen Nettoein-

kommen über 18 000 Euro in der EVS nicht erfasst werden. Die nachgewiesenen Werte beruhen auf den Angaben der auskunftsbereiten Haushalte. Im Gegensatz zum Mikrozensus, wo die auskunftspflichtigen Haushalte ihr Nettoeinkommen in Einkommensklassen einordnen, fließen bei der EVS genaue Aufzeichnungen der befragten Haushalte in die Ergebnisse ein. Dadurch kann es zu Abweichungen zur im Mikrozensus ausgewiesenen Höhe der Haushaltsnettoeinkommen kommen.¹ Außerdem sind die Ergebnisse rechnerisch ermittelte Durchschnittswerte, denen eine breite Streuung der Werte zugrunde liegt.

Das Haushaltsbruttoeinkommen als Durchschnitt aller Angaben der befragten Haushalte setzt sich zusammen aus:

- Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit
- Bruttoeinkommen aus selbstständiger Arbeit
- Einnahmen aus Vermögen
- Einkommen aus öffentlichen Transferzahlungen
- Einkommen aus nicht öffentlichen Transferzahlungen und aus Untermiete.

Nur in äußerst seltenen Fällen wird das Haushaltsbruttoeinkommen eines realen Haushalts aus allen Einkommensquellen gleichzeitig gespeist.

¹ Zu den Ursachen der unterschiedlichen Höhe der Einkommen nach Mikrozensus und EVS siehe auch: Stauder, Johannes/Hüning, Wolfgang: Die Messung von Äquivalenzeinkommen und Armutsquoten auf der Basis des Mikrozensus, in: Statistische Analysen und Studien Nordrhein-Westfalen, Band 13/2004, S. 9-31.

und Rentnern mit einem durchschnittlichen monatlichen Einkommen von 1 947 Euro bzw. 2 323 Euro. „Spitzenbruttoeinkommen“ hatten im Jahr 2003 Haushalte von

Beamten	5 281 Euro,
Angestellten	5 299 Euro,
Selbstständigen	5 702 Euro.

Gerade in „Beamtenhaushalten“ leben besonders viele Akademiker (vor allem Lehrer und Juristen), die in der Regel ein überdurchschnittliches Einkommen erzielen.

Diese Reihenfolge verändert sich, wenn von den Haushaltsbruttoeinkommen die Steuern auf Einkommen, der Solidaritätszuschlag und die Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung abgezogen werden. Nach diesen Abzügen von durchschnittlich 840 Euro ergab sich für 2003

ein Haushaltsnettoeinkommen der baden-württembergischen Haushalte von durchschnittlich immerhin noch 3 145 Euro pro Monat. Dabei nehmen die Unterschiede beim Nettoeinkommen zwischen den Haushaltsgruppen ab:

Arbeitslose	1 854 Euro,
Rentner	2 183 Euro,
Angestellte	3 789 Euro,
Beamte	4 419 Euro,
Selbstständige	4 722 Euro.

Ähnlich unterschiedlich waren die monatlichen Einkommen und Abzüge in Familien mit und ohne Kinder gestreut:

Paare mit Kindern

Bruttoeinkommen	5 369 Euro,
Abzüge	1 173 Euro,
Nettohaushaltseinkommen	4 196 Euro.

Paare ohne Kinder

Bruttoeinkommen	4 349 Euro,
Abzüge	849 Euro,
Nettohaushaltseinkommen	3 500 Euro.

Allein erziehende Mütter und Väter

Bruttoeinkommen	2 278 Euro,
Abzüge	334 Euro,
Nettohaushaltseinkommen	1 944 Euro.

Baden-Württemberg bei Konsumausgaben nach Bayern und Hessen an dritter Stelle

Insgesamt gaben die Haushalte im Jahr 2003 durchschnittlich 4 882 Euro aus (Tabelle). Dem standen Gesamteinnahmen in Höhe von 4 851 Euro gegenüber.⁴ Knapp die Hälfte ihrer gesamten Ausgaben wandten die privaten Haushalte im Jahr 2003 für ihren Konsum auf. Die andere Hälfte floss in Steuern wie die Kfz-Steuer, freiwillige Versicherungsbeiträge und Ausgaben für die Vermögensbildung. Für ihren Konsum gaben private Haushalte in Baden-Württemberg im 1. Halbjahr 2003 durchschnittlich 2 295 Euro im Monat aus. Sie steigerten damit ihre Konsumausgaben gegenüber 1998 nur um 5 %. Baden-Württemberger, und darunter insbesondere die Schwaben, sind bekannt für ihre Sparsamkeit. Dies mag ein Grund dafür sein, warum die Haushalte in Baden-Württemberg 2003 zwar über das höchste Haushaltsbruttoeinkommen im Bund-Länder-Vergleich verfügten, aber bei den Konsumausgaben nur

an dritter Stelle hinter Hessen (2 307 Euro) und Bayern (2 311 Euro) lagen. Allerdings ist der absolute Unterschied zwischen dem Spitzenreiter Bayern und Baden-Württemberg mit 16 Euro nicht besonders groß.

Auf einzelne Ausgabeposten verteilte sich im Jahr 2003 das Budget eines baden-württembergischen Durchschnittshaushaltes wie folgt:

Wohnen, Energie, Wohnungsinstandhaltung	31 %,
Verkehr	15 %,
Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren	14 %,
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	12 %,
Innenausstattung, Haushaltsgeräte und -gegenstände	6 %,
Bekleidung und Schuhe	5 %,
Andere Waren und Dienstleistungen	5 %,
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	4 %,
Gesundheitspflege	4 %,
Nachrichtenübermittlung	3 %,
Bildungswesen	1 %.

Die Zusammensetzung der gesamten Konsumausgaben der baden-württembergischen Haushalte nach obigen Produktgruppen hat sich gegenüber 1998 kaum verschoben. So nehmen den größten Posten immer noch die Ausgaben rund ums Wohnen ein. Rund ein Drittel des gesamten Budgets mussten die Haushalte für Miete, Energie und Wohnungsinstandhaltung aufwenden. An zweiter Stelle stehen mit 15 %

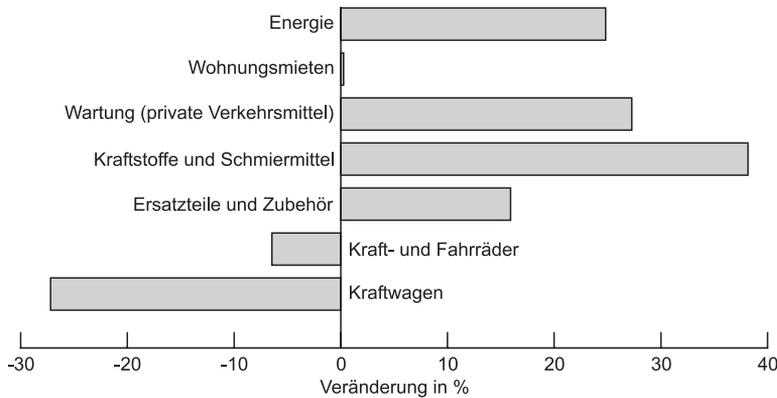
T Haushaltsbruttoeinkommen und Gesamtausgaben privater Haushalte 2003						
Einkommen/Ausgaben	Baden-Württemberg	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder	Baden-Württemberg	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder
	EUR			% vom Haushaltsbruttoeinkommen		
Haushaltsbruttoeinkommen	3 984	3 619	2 734	100	100	100
Bruttoeinkommen aus unselbstständiger Arbeit	2 159	1 870	1 376	54,2	51,7	50,3
Bruttoeinkommen aus selbstständiger Tätigkeit	272	237	130	6,8	6,6	4,8
Einnahmen aus Vermögen	524	441	229	13,2	12,2	8,4
Einkommen aus öffentlichen Transferzahlungen	845	882	911	21,2	24,4	33,3
Einkommen aus nicht öffentlichen Transferzahlungen	182	187	86	4,6	5,2	3,2
Einnahmen aus Untervermietung	(3)	3	(1)	(0,1)	0,1	(0)
Gesamtausgaben	4 882	4 457	3 220	100	100	100
Private Konsumausgaben	2 295	2 201	1 797	47,0	49,4	55,8
Andere Ausgaben ¹⁾	1 745	1 532	922	35,7	34,4	28,6
Sonstige Ausgaben ²⁾	842	724	501	17,2	16,2	15,6

1) Kraftfahrsteuer, Freiwillige Sozialversicherungsbeiträge, Versicherungsprämien u.Ä., Tilgung und Verzinsung. – 2) Das sind Steuern und Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung.

⁴ Die gesamten Einnahmen eines Haushalts setzen sich aus dem Haushaltsnettoeinkommen, aus Einnahmen aus Verkauf von Waren und aus den Einnahmen aus Vermögen zusammen.

S2

Veränderung der Ausgaben für ausgewählte Ausgabenkategorien in privaten Haushalten in Baden-Württemberg 2003 gegenüber 1998*)



*) Jeweils 1. Halbjahr.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

76 05

an den Konsumausgaben die Aufwendungen im Bereich Verkehr, und erst an dritter Stelle folgen mit 14 % die Ausgaben für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren.

Im Einzelnen gaben die privaten Haushalte von einem durchschnittlichen Konsumbudget monatlich 742 Euro für Miete, Energie und Wohnungsinstandhaltung aus, gegenüber 1998 ein geringer Anstieg von 5 %. Mit Abstand folgte der Bereich Verkehr mit 339 Euro, gegenüber 1998 ein Plus von 4 %. An dritter Stelle schlugen mit monatlich 310 Euro Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren zu Buche, eine Zunahme um 7 % – wobei insbesondere auch die Erhöhung der Tabaksteuer und der hohe Obst- und Gemüsepreis zu Beginn des Jahres 2003 eine Rolle gespielt haben dürften. Größere Investitionen in Wohnungseinrichtungen gingen auf 127 Euro monatlich zurück, gegenüber 1998 ein Minus von 14 %. Auch im Freizeitbereich ist die Konsumzurückhaltung zu spüren. Hiesige Haushalte gönnten sich monatlich nur noch 94 Euro für Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen; gegenüber 1998 waren das 7 % weniger.

Energieausgaben belasten Haushaltsbudget an verschiedenen Stellen

Von den 742 Euro Ausgaben rund ums Wohnen waren 127 Euro oder 17 % für die Energiekosten des Wohnens aufzuwenden. Gegenüber 1998 musste ein Viertel mehr für Elektrizität, Heizung und Warmwasser ausgegeben werden. Gerade Haushalte mit einem niedrigen

Nettoeinkommen werden durch höhere Energiekosten am meisten belastet. So gaben im Jahr 2003 Haushalte mit einem Nettoeinkommen von unter 900 Euro jeden zwölften Euro für Energie aus. In der höchsten Einkommensklasse von 5 000 bis 18 000 Euro war es nur jeder 20. Euro. Auch das scheint sehr hoch zu sein, erklärt sich aber aus dem Umstand, dass mit höherem Einkommen größere und damit kostenintensivere Wohnungen genutzt werden.

Ein weiterer energiepreisabhängiger Konsumbereich ist der Verkehr – der öffentliche wie der private. 2003 gaben die Haushalte monatlich mit 339 Euro knapp 4 % mehr für die Teilnahme am Straßenverkehr aus als noch 1998. Mehr als ein Drittel dieses Verkehrsbudgets beanspruchte im Jahr 2003 der Kauf eines neuen Autos. Verglichen mit 1998 ist dieser Anteil an den gesamten Ausgaben für Verkehr allerdings rapide gesunken. Knapp die Hälfte ihrer Verkehrsausgaben wandten die privaten Haushalte damals für den Kauf eines neuen oder gebrauchten Wagens auf, immerhin ein Rückgang um 27 %. Dagegen hat sich der Unterhalt privater Fahrzeuge enorm verteuert. So mussten 2003 monatlich 89 Euro und mehr für Kraftstoffe und Schmiermittel ausgegeben werden. Das waren knapp 40 % mehr als 1998. Auch Wartung und Ersatzteile inklusive Zubehör schlugen sich mit einem satten Plus im privaten Verkehrsbudget nieder und liegen nun bei 41 bzw. 16 Euro. Im Vergleich mit 1998 sind damit die Ausgaben für Reparaturen und Wartung um mehr als ein Viertel und die für Ersatzteile um knapp 16 % gestiegen (*Schaubild 2*).

Die Ausgaben für den fließenden Verkehr belasten insbesondere Haushalte, in denen mehr als zwei Personen leben. So geben „sonstige Haushalte“⁵ ebenso wie Paare mit Kindern einen überdurchschnittlich hohen Anteil ihrer Konsumausgaben für Kraftstoffe und Schmiermittel aus. Haushalte, in denen mehrere Erwachsene zusammenleben, wandten 4,4 % für diesen Posten auf, Familien mit Kindern 4,3 %. Beachtlich sind auch die geschlechtsspezifischen Unterschiede: Der durchschnittliche Single-Mann lässt sein Auto wohl seltener stehen als die Single-Frau. Er gab immerhin 4 % seines Budgets für Benzin und Öl aus, sie nur 2,7 %. ■

Weitere Auskünfte erteilt

Dr. Michaela Voß, Telefon 0711/641-2090

E-Mail: Michaela.Voss@stala.bwl.de

⁵ Dies sind Haushalte, in denen neben der Familie i.e.S. noch weitere Personen leben. Wenn neben Vater, Mutter und Kind unter 18 Jahren zum Beispiel noch die Schwiegermutter im Haus lebt, ist dies ein sonstiger Haushalt.